

Europa am Scheideweg

Die vier Großbaustellen Europas sind Brexit, Freihandelsabkommen, Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Flüchtlingskrise.

Von Peter Hipold

Die Europäische Union stand schon wiederholt in der Vergangenheit vor epochalen Herausforderungen: die aktuellen sind an Sprengkraft kaum mehr zu überbieten. Anders als häufig dargestellt, liegt der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme nur zum Teil in Brüssel selbst, sondern überwiegend bei den Mitgliedstaaten.

Dies zeigt sich am deutlichsten in Bezug auf die Brexit-Krise: ein klar mitgliedstaatlich verschuldetes Problem. David Cameron hat die EU-Mitgliedschaft als Pfand in einem draufgängerischen politischen Hasardspiel gewählt – und verloren. Und die Grundlagen dafür wurden schon in der weit zurückliegenden Vergangenheit geschaffen: Regelmäßig werden auf nationaler Ebene Misserfolge und Fehlentwicklungen auf die EU abgeschoben (die sich dagegen nur unzulänglich wehren kann), während die Früchte der europäischen Integration als Eigenleistung verkauft werden.

Dass auch Nettozahler von der EU-Mitgliedschaft erheblich profitieren können, ist selbst einer gebildeteren Wählerschicht nicht leicht zu erklären – geschweige denn einer Wählerschicht, die sich primär über die Boulevard-Presse informiert, welche schon längst massive EU-Kritik als auflagensteigernde Grundhaltung entdeckt hat.

Nach dem Brexit: EU braucht noch mehr Finanzmittel

Nun aber muss die schmerzhaft Erfahrung gemacht werden, dass eine Politik des Rosinenpickens bei halbwegs aufrechter Partnerschaft möglich sein kann, nicht aber im Trennungsverfahren. Die Fronten verhärten sich und vieles deutet auf einen „kalten“, „harten“ Austritt („dirty exit“) hin, also auf den Ablauf der Verhandlungsfrist von zwei Jahren, ohne dass eine umfassende Einigung über die „Zeit danach“ gefunden werden könnte. Die Kluft zwi-



schon Großbritannien und den restlichen EU-Mitgliedstaaten wird dadurch noch vergrößert, dass der Verhandlungsdialog im Grunde jeweils ein nach innen gerichteter Monolog ist: Während die EU ein abschreckendes Exempel zu statuieren bemüht ist, herrscht in Großbritannien eine „Jetzt-erst-recht“-Mentalität vor, wobei die Regierung nur auf die enormen Zahlungsforderungen, die jetzt von Brüssel erhoben werden, hinzuweisen braucht, um die Aversion gegenüber der EU weiter anzuheizen.

Der Schaden, den Großbritannien vom EU-Austritt nimmt, stellt spiegelverkehrt aber keinen Nutzen für die Rest-EU dar. Die EU operiert nun nicht nur mit einem kleineren Markt, sondern hat in Zukunft auch weniger Haushaltsmittel zur Verfügung, was Nettozahler (also auch Österreich), wie auch Nettoempfänger gleichermaßen treffen wird, da die geforderten Haushaltskürzungen diesen Mittelverlust niemals auffangen können.

Dabei würde die EU nicht weniger, sondern weit mehr Finanzmittel benötigen, um die anstehenden Herausforderungen wirklich angehen zu können. Die definitive Rettung Griechenlands wird weitere Hilfen erforderlich machen. Sollten noch andere Mittelmeeranrainer-Staaten, wie bei-

spielsweise Italien, zu „Wackelkandidaten“ im Euro-Raum werden, so müsste die Wirtschafts- und Währungsunion definitiv zu

„Wackelt Italien, müsste die EU definitiv zu einer Solidarunion umgebaut werden.“

einer Solidarunion umgebaut werden, wenn sie den Euro (und vielleicht sogar die EU selbst) retten will, was den Finanzmittelbedarf vervielfachen würde.

Aber mit der Solidarität in der EU ist es auch darüber hinaus schlecht bestellt. Dies zeigt sich im Besonderen in der Flüchtlingskrise.

Schwach nach außen, im Inneren zerstritten

Im Jahr 2016 versuchte über eine Million Menschen, nach Europa zu kommen. Vielen ist es gelungen, wobei die Flüchtlinge innerhalb der EU völlig ungleich verteilt sind. Das Dublin-III-Regime würde einen internen Ausgleichsmechanismus voraussetzen, regelt diesen aber nicht. Die Ad-hoc-Mechanismen, die 2015/2016 geschaffen worden sind, funktio-

nieren (mit Ausnahme des Türkei-Deals) samt und sonders nicht. Einige Mitgliedstaaten rechtfertigen sich mit dem Argument, dass ein zu gut funktionierender Umverteilungsmechanismus weitere Flüchtlinge und Migranten anziehen würde. Das Problem müsste an den Außengrenzen beziehungsweise unmittelbar in den Herkunftsländern der Flüchtlinge gelöst werden. Im Rahmen der Beratungen um eine Nachfolge-Regelung zu Dublin III („Dublin IV“) verfolgt die EU-Kommission gerade diesen Ansatz. Für einen Erfolg müsste die EU aber nach außen wirksamer und geschlossener auftreten und klarer ihre Position definieren. Der Außenaufruf war aber noch nie eine Stärke der EU und dies zeigt sich auch im wirtschaftlichen Bereich.

Nachdem die Verhandlungen in der seit 2001 laufenden WTO-Runde von Doha weitgehend zum Erliegen gekommen sind, hat sich das weltweite Interesse hin zu den großen Freihandelsabkommen, den sogenannten „Mega-Regionals“ verlagert, wobei TTIP, Ceta und TPP im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Nach anfänglichen Unklarheiten scheint sich der andere große Akteur, die USA, doch wieder solchen Verhandlungen zu öffnen, da Präsident Trump zu erkennen beginnt, dass die Verwirklichung

GASTKOMMENTAR



Prof. Peter Hipold

lehrt Völkerrecht und Europarecht an der Universität Innsbruck.

Foto: Univ. Innsbruck

seines primären Ziels, „America First“, auch Kooperation und Dialog verlangt.

Die EU hat hingegen im Rahmen der Ceta-Verhandlungen ein desolates Bild abgegeben. Es ist fraglich, ob dieses Abkommen je definitiv ratifiziert und in vollem Umfang umgesetzt werden kann. Nach den Erfahrungen mit Ceta braucht an ein TTIP-Abkommen aber nicht mehr gedacht werden. Damit zeigt sich die EU somit äußerlich schwach und im Inneren zerstritten.

Nationaler Umgang mit der EU muss sich ändern

Vielfach wird die Abgehobenheit der EU-Bürokratie, die fehlende demokratische Mitbestimmung und die Regulierung am Bürger vorbei für diese Misere verantwortlich gemacht. Insbesondere wenn man sich den von Brüssel forcierten Erweiterungsprozess ansieht, der tatsächlich erhebliche Strukturungleichgewichte geschaffen hat und noch größere zu schaffen droht oder eine überbordende EuGH-Rechtsprechung mit unverhältnismäßigen Belastungen für einzelne Mitgliedstaaten (Stichwort: Öffnung der österreichischen Universitäten für EU-Ausländer) vor Augen führt, dann liegt sicherlich auch Wahres in dieser Kritik.

Primär aber liegt das Problem wohl in der fehlenden Vermittlung der Bedeutung und des Nutzens der europäischen Integration. Solange die eingangs beschriebene asymmetrische Informationspolitik („Alle Schuld nach Brüssel, jeder Erfolg der nationalen Zentrale“) fortbesteht, ist eine „immer engere Union“ kein wirkliches Zukunftsprojekt, das Aussicht hat, von den Bürgern mitgetragen zu werden. ■

Sie sind anderer Meinung?
Diskutieren Sie mit: Online unter
www.wienerzeitung.at/recht oder unter
recht@wienerzeitung.at

BUCHTIPP



Dieser Beitrag ist ein Exzerpt aus einer breiteren Untersuchung, die Peter Hipold soeben im Nomos-Verlag unter dem Titel „Europa im Umbruch“ veröffentlicht hat.

BRANCHENNEWS

Unternehmensbewertung. Hanns F. Hügel, Partner bei bpv Hügel, hat bei einem Praxisseminar der Johannes Kepler Universität Linz und Wirtschaftsuniversität Wien über Rechtsfragen der Unternehmensbewertung referiert. Er spannte den Bogen über die Bewertungsanlässe des Ausscheidens aus einer Personengesellschaft, Vorkaufs-/Aufgriffsrechte und vertragliche Abfindung, Barangebot bei Squeeze-Out und Umgründungen, Umtauschverhältnis der Verschmelzung, Kapitalerhöhungen mit Bezugsrechtsabschluss und das Pflichtteilsrecht.

Die Vortragsunterlage kann auf www.bpv-huegel.com/de/news abgerufen werden.

CHSH. CHSH Partner Irene Welser wurde beim Leadership Summit der „World's Leading Association of Independent Law Firms“ Lex Mundi in Prag zur Vorsitzenden im Bereich Prozessführung und Schiedsgerichtsbarkeit für die ganze Welt gewählt. Lex Mundi ist die weltweit führende Vereinigung unabhängiger Anwaltskanzleien mit Sitz in Houston (Texas, USA) und umfasst mehr als 21.000 Anwälte aus 160 Kanzleien in über 100 Ländern. Ihre Mitglieder sind hervor-



Irene Welser

ragende Kanzleien – pro Land gibt es nur ein einziges Mitglied. Als Global Chair ist Welser nun weltweite Vorsitzende für all diese Kanzleien im Bereich Prozessführung und Schiedsgerichtsbarkeit. In dieser Funktion ist sie für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in diesem Bereich in den Lex Mundi Kanzleien tätigen Rechtsanwälte zuständig. Foto: CHSH

Fachliteratur. Im Manz Verlag ist die vierte Auflage des Leitfadens „Der fehlerfreie Exekutionsantrag“ erschienen. Das Werk enthält auch Muster für Anträge im Bereich der Internationalen und Europäischen Exekutionstitel.

Steuerfall-Studie. Mit der Anti-BEPS-Richtlinie der Europäischen Union kommt es zu einschneidenden Änderungen und Auswirkungen auf die internationale Unternehmensbesteuerung. Bei der Lindecampus-Konferenz „Internationale Steuer-Fallstudien“ am 16. Mai 2017 präsentiert ein Expertenteam aus der Beratungspraxis und der Finanzverwaltung aktuelle und häufig auftretende Fallkonstellationen aus dem internationalen Steuerrecht.

Unter der Moderation von Barbara Polster gibt es wertvolle Hilfestellungen zu Optimierungsmöglichkeiten und der Lösung internationaler Steuerrechtsfragen. www.lindecampus.at

bpv Hügel. bpv Hügel hat die RZB bei der Fusion mit der RBI rechtlich begleitet. Durch die Fusion ging die RZB als Spitzen- und Zentralinstitut der österreichischen Raiffeisen Bankengruppe mit ihren Beteiligungen im Finanz-, Versicherungs- und Industriebereich auf die börsennotierte RBI über. Im Team von bpv Hügel, geleitet von Hanns F. Hügel (Partner, Corporate/Tax) und Christoph Nauer (Partner, Corporate/Capital Markets), waren Daniel Reiter, Kornelia Wittmann, Verena Hügel, Florian Plattner, Gerhard Fussenegger und Roland Juill. Die RBI wurde in der Transaktion von Schönherr (Peter Feyl, Roman Perner) beraten.